

Das Online-Ökosystem Rechtsextremer Akteure

Jakob Guhl, Julia Ebner and Jan Rau

gefördert von



**Robert Bosch
Stiftung**

Executive Summary

Am 8. Oktober 2019 griff ein 28 Jahre alter Mann mit selbstgebauten Waffen eine Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle an und tötete zwei Menschen. Der Attentäter übertrug die Tat als Livestream und stellte ein „Manifest“ ins Internet. Als Hauptziel gab er die Tötung von Juden an, die er für Feminismus und „Masseneinwanderung“ verantwortlich machte. Er stellte sich selbst als „Anon“ (anonym) vor, ein Verweis auf sogenannte Imageboard-Websites wie 4chan und 8chan. In Folge der Tat machten Nutzer auf 4chan zynische Witze darüber, ob der Angriff ähnlichen Anschlägen wie in Pittsburgh, San Diego und El Paso in den USA sowie im neuseeländischen Christchurch gerecht geworden sei. Bei jedem dieser Angriffe wurde festgestellt, dass die Täter tief in rechtsextreme Online-Subkulturen eingetaucht waren.

Seit einigen Jahren stehen extremistische und terroristische Gruppen auf Mainstream-Plattformen wie Facebook, Twitter und YouTube im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, aber die jüngsten Gewalttaten müssen unseren Blick auf die rechtsextremen Online-Subkulturen lenken. Alternative Plattformen wie 4chan und Gab, Messenger-Dienste wie Telegram und Gaming-Apps wie Discord bilden ein Biotop, in dem sich Rechtsextreme vernetzen, radikalisierten, inspirieren und Aktionen planen und zwar bislang weitgehend im Schatten von Strafverfolgung und Gesetzen.

Seit Juni 2017 verpflichtet das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) große Social Media-Unternehmen in Deutschland dazu, illegale Inhalte von ihren Plattformen zügig und umfänglich zu entfernen. Seither sind alternative Plattformen für rechtsextreme Akteure immer wichtiger geworden. Bei diesen Akteuren handelt es sich sowohl um muslimfeindliche deutsche Bewegungen wie PEGIDA, ethnonationalistische Gruppen wie die in ganz Europa wachsende Identitäre Bewegung (IB) sowie internationale rechtsterroristische Gruppen wie die Atomwaffen Division (AWD), die ihren Ursprung in den USA nahm und sich für einen apokalyptischen Rassenkrieg einsetzt.

Auf diesen Plattformen werden rechtsextreme Terroristen verherrlicht. Darüber hinaus spielen sie eine erhebliche Rolle bei der Verbreitung von Desinformation, der koordinierten Belästigung von Politikerinnen sowie der Organisation von sogenannten Meme-Kampagnen, mit denen Wahlen und politische Debatten beeinflusst werden sollen.¹ Die Forschung des in London ansässigen globalen Think Tanks ISD im Rahmen der Bundestagswahl, der bayerischen Landtagswahl und der Europawahlen hat gezeigt, wie sich diese Gruppen insbesondere zur Unterstützung der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) miteinander abgestimmt haben.²

Neben diesen alternativen Social Media-Plattformen existiert online eine umfangreiche rechtspopulistische Medienlandschaft, die sich gegen die sogenannten Mainstream-Medien wendet und diese aktiv diskreditiert. Viele dieser Webseiten präsentieren sich als alternative „Nachrichtenquellen“ und verstärken die Reichweite rechtsextremer, einwanderungsfeindlicher und antipluralistischer Narrative durch sensationalistische „Clickbait“ Artikel.

Man kann davon ausgehen, dass dieses toxische rechtsextreme Informations- und Kommunikations-ökosystem den Boden für den rechtsextremen Terrorismus bereitet, der in den letzten fünf Jahren um 320 % zugenommen hat. Es versorgt gleichzeitig diejenigen, die die Demokratie unterminieren wollen, mit einem sicheren Rückzugsraum oder auch „Safe Space“ und fungiert als Pipeline radikalisierender Inhalte. Immer mehr politische Entscheidungsträger fragen zurecht, was auf gesetzgeberischer Ebene zu tun ist. Um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, muss jedoch mehr über diese Communities bekannt werden.

Um auf diese Fragen einzugehen, hat die Digital Analysis Unit des ISD eines der bislang umfassendsten Forschungsprojekte zu dem Online-Ökosystem rechtsextremer Akteure in Deutschland durchgeführt. Während diese Plattformen ein globales Publikum erreichen, widmet sich der Report konkret den deutschsprachigen und auf Deutschland fokussierten Communities innerhalb dieses Ökosystems.

Als eine der ersten Regierungen hat die deutsche Regierung Gesetze ausgearbeitet, welche die großen Social Media-Unternehmen dazu zwingen sollen, illegale Hassrede von ihren Plattformen zu entfernen. Mit dem 2017 beschlossenen NetzDG drohen Social Media-Unternehmen hohe Bußgelder, wenn sie gesetzeswidrige Inhalte nicht innerhalb von 24 Stunden entfernen. Es ist vielfach kritisiert worden, das NetzDG schränke die Meinungsfreiheit ein. Zudem wurde spekuliert, dass das Gesetz wirkungslos bleibe, weil es sich lediglich auf die Entfernung von Inhalten konzentriere. Des Weiteren monieren Kritiker, dass extremistische Gruppen auf geschlosseneren, alternative Plattformen abgedrängt würden, denen das Gesetz gegenwärtig nicht die gleichen rechtlichen Pflichten auferlegt.

Alternative Plattformen stellen Regulierungsansätze vor erhebliche Herausforderungen. Einigen dieser Plattformen fehlt es an Ressourcen, um extremistische Inhalte wirksam zu beobachten und zu moderieren, während andere libertäre Ansichten zum Thema Meinungsfreiheit vertreten und deshalb nicht gewillt sind, gegen die entsprechenden Communities vorzugehen.

Auf Grundlage der digitalen ethnografischen Forschung des ISD in dutzenden Foren und Chatgruppen sowie Methoden, die auf Machine Learning und Natural Language Processing basieren, geben wir mit diesem Report einen qualitativen und quantitativen Einblick in rechtsextreme Communities auf alternativen Plattformen.

Wir präsentieren Daten, die aus nutzergenerierten Umfragen auf diesen Plattformen erhoben wurden, und decken die Motivationen und ideologischen Ansichten derer auf, die in diesen Gruppen aktiv werden. Mithilfe von Method 52, einem Softwareprogramm für die Analyse und Klassifizierung von unstrukturiertem Text, haben wir einen Algorithmus darauf trainiert, antisemitische Narrative zu identifizieren.³

Wir analysieren außerdem die Rolle alternativer Medien bei der Verbreitung rechtsextremer Konzepte. Dabei nutzen wir die Partnerschaft des ISD mit dem MIT Media Lab sowie dessen Software Media Cloud, der weltweit größten Datenbank von Onlinemedien (über 1,4 Milliarden Artikel aus über 60.000 Quellen), um die Häufigkeit und Art der Berichterstattung über rechtsextreme Themen in Mainstream- und alternativen Medien zu vergleichen.

Auf Grundlage unserer Forschungsergebnisse empfehlen wir Tech-Firmen, der Politik, der Zivilgesellschaft und Forschern eine Reihe von Maßnahmen, um die weitere Radikalisierung von Nutzern dieser Plattformen einzudämmen und der Unterminierung demokratischer Prozesse entgegenzuwirken.

Zentrale Ergebnisse

– Das ISD hat auf zehn alternativen Plattformen 379 rechtsextreme und rechtspopulistische Kanäle identifiziert.

Zu den alternativen Plattformen mit rechtsextremen Communities gehören: der Messenger-Dienst Telegram (129 Kanäle), das russische soziale Netzwerk VK (115 Gruppen), das Videoportal Bitchute (79 Kanäle) sowie die sozialen Netzwerke Gab (38 Kanäle), Reddit (8 Gruppen), Minds (5 Communities) und Voat (5 Communities). Eine Analyse der Community-Standards dieser Plattformen zeigt, dass sie sich in zwei Gruppen unterteilen lassen. Zunächst die Plattformen, die für unpolitische Zwecke (etwa Gaming) konzipiert, aber von rechtsextremen Communities zweckentfremdet worden sind. Dann diejenigen, die auf libertären Idealen basieren und die Präsenz rechtsextremer Communities auf der Grundlage der Meinungsfreiheit verteidigen.

Es konnte nicht in jedem Fall die Anzahl der Gruppenmitglieder bestimmt werden, aber unsere Analyse deutet darauf hin, dass 15.000 bis 50.000 deutschsprachige Personen mit rechtsextremen Ansichten diese Plattformen nutzen und dort in unterschiedlichem Ausmaß aktiv sind. Der meistgenutzte Kanal hatte mehr als 40.000 Follower, über deren konkreten Ansichten es allerdings bislang keine qualitative Analyse gibt. Wir haben zwar einige Plattformen gefunden, die von rechtspopulistischen Influencern eingerichtet wurden, etwa die Videoportale FreiHoch3 und Prometheus, diese jedoch aufgrund der zu geringen Nutzerzahlen nicht in die Analysen einbezogen.

– **Die rechtsextremen Kanäle und Gruppen zeigen eine ideologische Bandbreite auf. Die meisten Kanäle stehen muslimfeindlichen Akteuren und Neonazis nahe, die größte Reichweite haben aber offenbar „identitäre“ Gruppen.**

Von den 379 Gruppen und Kanälen, die wir identifiziert haben, konzentrieren sich 104 auf die Ablehnung von Islam und Muslimen, Einwanderung und Flüchtlingen. Ganze 92 Kanäle unterstützen offen den Nationalsozialismus. Wir haben 35 Kanäle und Gruppen ermittelt, die mit identitären und ethnonationalistischen Gruppen verbunden sind. 117 Communities und Gruppen ließen sich nicht eindeutig einer einzigen Kategorie zuordnen, sondern posten eine Mischung aus Inhalten der oben beschriebenen Kategorien. Dabei entspricht eine größere Anzahl von Kanälen nicht der größten Reichweite. So hat beispielsweise der größte identitäre Kanal mehr als 35.000 Follower, wohingegen der größte muslimfeindliche Kanal „nur“ 18.000 Follower aufweist und der größte Neonazi-Kanal in etwa 10.000 Nutzer verzeichnet.

– **Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) hat eine überschaubare, teilweise inaktive Präsenz auf alternativen Social Media-Plattformen.**

Neben rechtsextremistischen Gruppen wollten wir auch Kanäle und Gruppen ermitteln, die mit der rechtspopulistischen AfD verbunden sind.

In früheren Forschungsergebnissen hat das ISD im Zusammenhang mit Wahlen in Deutschland festgestellt, dass rechtsextreme Kanäle auf alternativen Plattformen in einem erheblichen Ausmaß für die AfD mobilisiert haben.⁴ Insgesamt haben wir 31 Communities und Gruppen identifiziert, die zur AfD gehören. Fast alle davon, nämlich 29, befinden sich auf dem russischen sozialen Netzwerk VK. Die Hauptseite der AfD auf dieser Plattform ist aber seit 2015 nicht mehr aktiv, während die größte noch vor Kurzem aktive Gruppe der AfD lediglich 414 Follower hatte.

– **Auf den verschiedenen Plattformen gab es im Hinblick auf die Motivationen der Nutzer deutliche Unterschiede bei den Gründen, rechtsextremen Communities beizutreten, die von dem Bedürfnis nach politischem und sozialem Wandel bis hin zum Wunsch, „Spaß zu haben“, reichten.**

Auf der Grundlage nutzergenerierter Umfragen mit insgesamt mehr als 800 Antworten lässt sich sagen, dass die Hauptmotivationen für die Nutzer von Gab deren Sorge um die Meinungsfreiheit und Ressentiments gegenüber Linken (54 %) sind. Ein möglicher Grund dafür ist, dass diese Plattform ihre Rolle als Meinungsfreiheit-Alternative zu den großen Social Media-Plattformen betont, denen liberale oder linke politische Voreingenommenheit vorgeworfen wird.

Hass gegenüber Minderheiten und der Wunsch nach Unterhaltung (46 % bzw. 22 %) spielen unter den Mitgliedern des /pol/ Boards auf 4chan eine erhebliche Rolle und spiegeln die anarchische Kultur und den grenzüberschreitenden Humor der Plattform wider. Die Motivationen der in der Discord-Gruppe Reconquista Germanica aktiven Nutzer liegen hingegen im Wunsch nach politischer Veränderung und der Suche nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit (39 % bzw. 41 %). Dies könnte an der Ideologie der untersuchten Gruppe liegen, aber auch an der Plattformarchitektur von Discord, die den Aufbau eng verbundener Communities ermöglicht.

– **Innerhalb unserer Stichprobe waren Einwanderung, das angeblich gesetzeswidrige Verhalten von Migranten und Angriffe auf (zumeist linke) politische Gegner auf den meisten Plattformen die häufigsten Themen.**

Über alle Plattformen hinweg war Einwanderung das am meisten diskutierte Thema, besonders in den Gruppen auf Voat, Reddit und Gab. Zudem konzentrierten sich die meisten Posts über Einwanderung (60 %) auf das „gesetzeswidrige“ Verhalten von Flüchtlingen oder Migranten. 12 % beziehen sich auf Verschwörungstheorien über einen vermuteten demografischen Austausch der „europäischen Stammbevölkerung“ durch nichteuropäische Einwanderer. Das zweithäufigste diskutierte Thema waren Angriffe auf politische Gegner. Entsprechende Posts machten auf allen Plattformen 13–20 % aus und waren auf Telegram und Reddit am häufigsten. Inhalte über die vermeintliche Unterdrückung von Rechtsextremen fanden sich auf Telegram zahlreicher als auf anderen Plattformen.

Telegram scheint zur wichtigsten Bühne für rechtsextreme Influencer und Gruppen geworden zu sein, die von Accountsperrungen auf den großen Social Media-Plattformen betroffen waren oder solche befürchten. Interessanterweise wird die Rolle des Islam und der Muslime in rechtsextremen Inhalten auf Gab häufiger (12 %) als auf anderen Plattformen erwähnt. Verschwörungstheorien waren auf dem Videoportal Bitchute besonders zahlreich.

– **Der Großteil der von uns analysierten Inhalte auf alternativen Plattformen rief nicht zur Gewalt auf und war nicht offensichtlich rechtswidrig.**

In unserer Stichprobe von fast 1000 Posts, die für die thematische Analyse kodiert wurden, fanden wir sieben Beiträge, die Gewalt befürworteten oder Unterstützung für terroristische Gruppen zum Ausdruck brachten, sowie Dutzende von Neonazi-Kanälen. Die meisten gefundenen Inhalte verstoßen aber wahrscheinlich nicht gegen das deutsche Recht.

Zwar riefen die analysierten Inhalte mehrheitlich nicht zur Gewalt auf, aber die unverhältnismäßig große Menge an Inhalten, die Einwanderung generell negativ bewerten und ganze Bevölkerungsteile als Bedrohung darstellen, erzeugt das Gefühl dringenden Handlungsbedarfs zum vermeintlich notwendigen Schutz der Eigengruppe.⁵ Wie wir in den Manifesten der letzten rechtsextremen Attentäter in Pittsburgh, Christchurch, Poway, El Paso und Halle gesehen haben, können Theorien wie die vom „großen Austausch“ (im Englischen „the great replacement“ genannt) zu gewalttätigem Extremismus und Terrorismus führen, auch ohne aktiv zur Gewalt aufzurufen.

– **Der vom ISD trainierte Algorithmus zur Klassifizierung antisemitischer Inhalte zeigt, dass mehr als die Hälfte aller Posts über Juden in den Threads auf 4chan (56,9 %) klar antisemitische Narrative enthielt.**

Wir haben mithilfe der Method 52 Software einen Algorithmus darauf trainiert, antisemitische Narrative in den /pol/ Threads auf 4chan zu identifizieren. Während abwertende Sprache und Beleidigungen auf 4chan zwar weit verbreitet sind, haben wir konkret nach antisemitischen Narrativen gesucht, die unter die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance fallen würden – auch wenn manche dieser Posts keine expliziten antisemitischen Ausdrücke verwenden, können sie in Intention und Wirkung antisemitisch sein.

Der große Anteil solcher Narrative zeigt, dass Diskussionen über Juden auf dem /pol/ Board oft einer grundlegend antisemitischen Haltung entsprechen und nicht „nur“ Resultat einer toxischen Diskussionskultur sind. Bestimmte Inhalte ließen mehrere Interpretationen zu. Bei einer konservativen Schätzung lässt sich sagen, dass das Ausmaß an antisemitischen Inhalten bei 56,9 Prozent liegt.

- **Unsere Forschung deutet darauf hin, dass die Sperrung der Accounts rechtsextremer Gruppen auf Mainstream-Plattformen ihre Reichweite verringert und offenbar nicht zur direkten Abwanderung ihrer Follower auf alternative Plattformen führt.**

Politische Entscheidungsträger und Forscher diskutieren häufig über die Frage, ob das Sperren der Accounts extremer Gruppen auf Mainstream-Plattformen zur Abwanderung ihrer Follower auf „alternative“ oder verschlüsselte Plattformen führt. Unsere Forschung deutet darauf hin, dass das Ausmaß dieser Abwanderung begrenzt ist. Beispielsweise haben wir festgestellt, dass eine Stichprobe von 25 Gruppen auf alternativen Plattformen nur knapp 10 % der Gesamtzahl an Followern haben, die ihnen auf Mainstream-Plattformen folgen. Außerdem hatten die Gruppen, die auf Mainstream-Plattformen weiterhin präsent sind, mehr Follower auf alternativen Plattformen als die Gruppen, deren Accounts auf Mainstream-Plattformen gesperrt wurden, aber auf alternativen Plattformen aktiv sind. Das deutet darauf hin, dass die Präsenz auf mindestens einer Mainstream-Plattform tatsächlich eher mehr Menschen auf alternative Plattformen lenken könnte. Dieses Ergebnis ist zwar nicht eindeutig, liefert aber Indizien gegen das Argument, dass die Verbannung extremistischer Gruppen von Mainstream-Plattformen zur massenhaften Abwanderung ihrer Follower auf alternative Plattformen führt. Stattdessen weisen unsere Ergebnisse darauf hin, dass die Reichweite sinkt, wenn Gruppen von Mainstream-Plattformen auf alternative Plattformen ausweichen müssen.

- **Die Daten aus unserem „Hate Observatory“, das wir mit der Media Cloud Software des Massachusetts Institute of Technology (MIT) eingerichtet haben, deuten darauf hin, dass rechtsextreme Themen in alternativen Medien überproportional stark vertreten sind. Beiträge zu diesen Konzepten sind in Mainstream-Medien wesentlich seltener und hauptsächlich im Zusammenhang mit bestimmten Ereignissen zu finden.**

Um einschätzen zu können, ob rechtsextreme Ideen von alternativen Medien zu Mainstream-Medien wandern, haben wir die Bedeutung rechtsextremer Narrative in alternativen Medien näher untersucht und herausgefunden, welche Unterschiede gegenüber Mainstream-Medien bestehen. Unser Vergleich zwischen 17 alternativen Medien und 13 Mainstream-Medien zeigt, dass am rechtsextremen Rand populäre Konzepte wie etwa der „große Austausch“ und die „Islamisierung“ in alternativen Medienkanälen viel häufiger erwähnt werden (in etwa 0,5–6,0 % aller Beiträge). Im Gegensatz zur durchgehenden Verwendung rechtsextremer Begriffe durch alternative Medien werden diese Begriffe in Mainstream-Medien vor allem in Reaktion auf konkrete Ereignisse kommentiert, wie etwa nach dem Attentat von Christchurch. Eine explorative Analyse der Verwendung dieser Konzepte in den Mainstream-Medien weist darauf hin, dass diese die Begriffe nicht unkritisch oder in einer Art und Weise benutzt werden, die von den alternativen Medien inspiriert oder beeinflusst wäre. Es ist zu beachten, dass alternative Medien sich normalerweise hauptsächlich auf politische Themen konzentrieren, während Mainstream-Medien auch Rubriken wie Sport oder Kultur umfassen. Deshalb sind direkte quantitative Vergleiche zwischen den beiden nur eingeschränkt möglich.

Empfehlungen

Die Ergebnisse unserer Forschung weisen auf eine Reihe zentraler Herausforderungen für politische Entscheidungsträger und Tech-Firmen hin. In den letzten Jahren wurden Fortschritte bei der Entfernung gesetzeswidriger und terroristischer Inhalte von Mainstream-Plattformen erzielt. Diese waren nicht zuletzt das Ergebnis des steigenden öffentlichen und politischen Drucks auf Plattformbetreiber. Indessen sind bisherige Maßnahmen weitgehend wirkungslos, wenn es um die Bekämpfung loser rechtsextremer Online-Communities geht, die jenseits von festen organisatorischen Strukturen operieren.

Eine umfassende Moderation von Inhalten wird zudem in Hinblick auf alternative Plattformen entweder aufgrund eines Mangels an Ressourcen oder aus ideologischer Opposition schwierig umzusetzen sein. Die vielleicht größte Herausforderung besteht jedoch in der Frage, wie mit der riesigen Menge an Online-Inhalten zu verfahren ist, die weder aktiv zu Gewalt aufrufen noch illegal sind, aber dennoch zu einer Atmosphäre beitragen können, die Radikalisierung fördert.

Die begrenzten, aber realen Risiken, die durch das rechtsextreme Online-Ökosystem hinsichtlich gewalttätiger Radikalisierung und der Normalisierung rechtsextremer Ideen bestehen, werfen eine Reihe von komplexen Fragen auf. Wenn es das Ziel ist, die Reichweite rechtsextremer Akteure online einzuschränken— wie würde Erfolg aussehen und wie ließe er sich messen? Wie weit wollen wir in den digitalen Raum eintauchen, um Druck auf immer kleinere Plattformen und rechtsextreme Communities auszuüben? Wie kann ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der grundlegenden und legitimen Rechte auf Meinungsfreiheit und dem Schutz der Rechte derjenigen erzielt werden, die von rechtsextremen Online-Nutzern und Communities gezielt belästigt und angegriffen werden und zwar sowohl digital, wie auch im wirklichen Leben? Müssen wir uns damit abfinden, dass Extremismus und Hass wahrscheinlich weiterhin in weniger sichtbaren, privaten oder verschlüsselten Bereichen des Internets existieren werden, solange wir uns auch für den Schutz des Rechts auf Privatsphäre einsetzen?

Alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Online-Ökosystems rechtsextremer Akteure sollten nicht nur im Hinblick auf ihre Wirksamkeit, sondern auch auf ihre Angemessenheit und Proportionalität, vor allem in Bezug auf ihre Auswirkungen auf Grundrechte beurteilt werden. Dazu gehören Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Pressefreiheit und Privatsphäre.

Für den Umgang mit diesen Herausforderungen empfehlen wir eine Reihe von Maßnahmen für Politik, Tech-Unternehmen, Zivilgesellschaft und Forschung. Die Empfehlungen werden im letzten Kapitel dieses Reports ausführlich behandelt. Es folgt eine Zusammenfassung unserer Empfehlungen.

Illegale Inhalte und Aktivitäten im Internet

- **Mainstream-Plattformen, internationale Initiativen und Forschungsorganisationen sollten ihre Partnerschaften mit kleineren alternativen Plattformen stärken, damit diese terroristische oder gewalttätige extremistische Inhalte besser bekämpfen können.**

Die Moderation von rechtswidrigen Inhalten muss auf alternativen Plattformen verbessert werden. Forschung und Tech-Unternehmen können eine wichtige Rolle bei der Schließung genuiner Kapazitäts- und Ressourcenlücken spielen, die kleinere Plattformen möglicherweise haben. Für libertäre Plattformen, insbesondere solche, die auf US-Recht basieren und sich nur an dieses halten, sowie für Plattformen, die von Sympathisanten rechtsextremer Ideologien geschaffen wurden, werden andere Strategien erforderlich sein.

- **Angesichts des zunehmend dezentralisierten Rechtsterrorismus jenseits fester organisatorischer Strukturen, der durch das Online-Ökosystem rechtsextremer Akteure ermöglicht wird, müssen Regierungen und Entscheidungsträger politische und rechtliche Ordnungsrahmen entwickeln, die nicht vollständig vom Verbot terroristischer oder gewalttätiger extremistischer Gruppen abhängig sind.**

Die politischen Entscheidungsträger müssen die sich verändernde Landschaft und den dynamischen Entwicklungsprozess des rechtsextremen Terrorismus erkennen und darauf reagieren. Sie müssen international mit der Zivilgesellschaft und der Forschung zusammenarbeiten, um gemeinsame Definitionen zu entwickeln, die der Bedrohung durch Rechtsterrorismus, der sich jenseits fester organisatorischer Strukturen manifestiert, gerecht werden. Da viele Plattformen sich in Bezug auf die Rechtsdurchsetzung auf offizielle Verbotslisten von Regierungen oder den Vereinten Nationen verlassen (auf denen hauptsächlich islamistische Terrorgruppen zu finden sind), sollten demokratische Regierungen und nicht Privatunternehmen dafür zuständig sein,

in Abstimmung mit Forschern und der Zivilgesellschaft festzulegen, welche rechtsextremen Influencer oder Communities im Internet die erforderlichen gesetzlichen Schwellenwerte überschreiten, damit ihre Inhalte entfernt oder ihre Accounts gesperrt werden können. Maßnahmen wie die „Hashing“-Datenbank des *Global Internet Forum to Counter Terrorism* (GIFCT), die ein erneutes Hochladen von einmal als terroristisch gekennzeichnetem Inhalt verhindert, könnten dann mit einer umfassenderen und einheitlicheren Liste von Inhalten arbeiten, die von rechtsextremen Terrorgruppen oder Terroristen stammen, bzw. diese unterstützen.

– **Es ist von zentraler Bedeutung, die Unterstützung für die Opfer von Belästigung, Hassrede und Verleumdung zu stärken und die Anwendung und Durchsetzung der relevanten Gesetze in diesem Bereich zu gewährleisten.**

Digitale Aktivitäten oder Kampagnen, mit denen Personen des öffentlichen Lebens und Privatpersonen belästigt, eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht werden sollen, gehören zu den wichtigsten Taktiken rechtsextremer Akteure. Diese Kampagnen, die häufig von rechtsextremen Communities auf alternativen Plattformen geplant und koordiniert werden, richten sich überproportional häufig gegen Frauen und Minderheiten und können in Bezug auf politische Partizipation und freie Meinungsäußerung eine erhebliche abschreckende Wirkung entfalten. Um diese Versuche, politische Gegner aus dem Online-Diskurs zu vertreiben, zu verhindern, müssen die bestehenden Gesetze zu Belästigung, Hassrede und Verleumdung im Internet angemessen durchgesetzt werden. Für Regierungen sollte es von Vorrang sein, die Anwendung solcher Gesetze im Internet zu evaluieren und dafür zu sorgen, dass es weniger Hindernisse für ihre Durchsetzung gibt. Im Zusammenhang mit den zunehmenden Schmähungen und Angriffen auf Personen des öffentlichen Lebens sowie Privatpersonen ist die Schaffung und Stärkung einer Struktur für juristische und psychosoziale Unterstützung für die Opfer von entscheidender Bedeutung.

Legale, aber möglicherweise extremistische oder abwertende Inhalte und Aktivitäten im Internet

– **Neben der bestehenden Gesetzgebung zur Bekämpfung rechtswidriger Inhalte sollte die deutsche Regierung proportionale, risikobasierte Regulierungsansätze (wie beispielsweise eine Sorgfaltspflicht für Plattformbetreiber) prüfen, um eine stärkere Ausrichtung auf die Sicherheit der Nutzer zu fördern.**

Neben der Gesetzgebung zur Bekämpfung rechtswidriger Inhalte wie dem NetzDG müssen auch die technologische Architektur und das Design bestimmter Plattformprodukte berücksichtigt werden. Eine Vielzahl von Plattformen, die Aufmerksamkeit maximieren und enge Netzwerke ähnlicher Inhalte oder gleichgesinnter Nutzer schaffen, kann auch unbeabsichtigt dazu dienen, legale, aber schädigende Inhalte zu verstärken, Nutzer im rechtsextremen Spektrum zu vernetzen sowie koordinierte Belästigungen und Übergriffe zu ermöglichen. Deshalb sind strukturelle Ansätze erforderlich, etwa das Modell der Sorgfaltspflicht für Plattformbetreiber, das im britischen *Online Harms White Paper* vorgeschlagen wird.⁶ Mithilfe der Sorgfaltspflicht würde die Verantwortung für die Sicherheit der Nutzer und deren Schutz vor voraussehbaren Risiken auf die Plattformbetreiber übertragen. Dies könnte beispielsweise beinhalten, dass diese keine rechtsextremen Inhalte oder Kanäle mehr empfehlen. Eine Sorgfaltspflicht würde Anreize für Unternehmen schaffen, ihre Plattformen und Produkte mit einem stärkeren Fokus auf die Sicherheit der Nutzer und die Reduzierung von digitalen Risiken zu gestalten (ein Risiko wäre der Missbrauch bestehender und neuer Technologien durch Rechtsextreme).

- **Obwohl unsere Untersuchungen darauf hinweisen, dass Accountsperrungen die Reichweite rechtsextremer Influencer und Gruppen begrenzen können und damit ihre Fähigkeit, ihre Ideen in den Mainstream des politischen Diskurses zu drängen, limitieren, müssen die möglichen unbeabsichtigten Folgen solcher Maßnahmen noch weiter erforscht werden.**

Es fehlt nach wie vor an Belegen dafür, ob oder wie solche repressiven Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit einer Radikalisierung von Influencern und ihren Anhängern beeinflussen. Außerdem sollten die Auswirkungen von Accountsperrungen auf ein größeres Publikum jenseits rechtsextremer Akteure weiter untersucht werden. Und schließlich müsste empirisch getestet werden, ob Accountsperrungen wie gewünscht dafür sorgen, dass ein Mainstream-Publikum den rechtsextremen Online-Communities nicht mehr so stark ausgesetzt ist. In jedem Fall müssen solche repressiven Maßnahmen, die rechts-extremen Akteuren die Verbreitung ihrer Ideen erschweren sollen, sorgfältig mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung abgewogen werden.

- **Wenn Accounts gesperrt werden, müssen die Plattformen ihre entsprechenden Entscheidungsprozesse einheitlich, begründbar und verständlich kommunizieren und die Einspruchsmöglichkeiten transparenter machen.**

Plattformen, die Accounts rechtsextremer Influencer sperren, müssen die entsprechenden Entscheidungen einheitlich, begründbar und verständlich kommunizieren, insbesondere angesichts der steigenden Bedeutung sozialer Medien für öffentliche Debatten.

Außerdem sind transparentere Prozesse für Nutzer nötig, die ihre Accountsperrung für ungerechtfertigt halten, damit sie die notwendigen Informationen haben, um Einspruch gegen diese Entscheidung einlegen zu können. Das ISD hat ein Rahmenwerk und spezifische technologische Transparenzanforderungen für Beschwerden und Einsprüche vorgeschlagen, die beim Aufbau der Rechenschaftspflicht helfen und der Öffentlichkeit die Entscheidungen über eine Inhaltsmoderation verständlicher machen.⁷

Zivilgesellschaft

- **Es sollten verschiedene proaktive, nicht regulatorische Interventionen auf alternativen Plattformen erprobt und getestet werden. Diese müssen speziell auf die jeweilige Plattform zugeschnitten sein und die thematischen Interessen, die Subkultur der Plattform, die technischen Funktionen und das Ausmaß an möglichen Risiken und unbeabsichtigten Folgen berücksichtigen.**

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sich Nutzer durch verschiedene Online-Interventionen von rechtsextremen Ideologien und Aktivitäten distanzieren. Ansätze wie One-to-One-Messaging zwischen radikalisierten Personen und qualifizierten Interventionsanbietern sowie One-to-Many-Kommunikationsansätze sollten auf alternativen Plattformen erprobt und getestet werden. Diese Maßnahmen müssen auf spezifische Zielgruppen auf bestimmten Plattformen zugeschnitten werden. Dabei sind Architektur und Funktionen der Plattformen sowie die typischen Diskussionskulturen in bestimmten Communities zu berücksichtigen.

– **Wissenschaftler sollten das Potenzial von Frühwarnsystemen für zivilgesellschaftliche Gruppen und sogenannte „weiche Ziele“ erforschen, um durch eine Kombination aus Monitoring und geeigneten Technologien konkrete Drohungen zu erkennen, die von Posts auf alternativen Plattformen ausgehen.** In Kombination mit ethnografischer Forschung können Machine-Learning-Technologien wie das Natural Language Processing (NLP) dabei helfen, von alternativen Plattformen stammende konkrete Bedrohungen zu erkennen, insbesondere solche, die sich gegen bestimmte Personen oder „weiche Ziele“ wie Gemeindezentren, religiöse Einrichtungen oder Aktivistengruppen richten. Teilautomatisierte Analysen von Nutzerdaten werfen zwar legitime Bedenken hinsichtlich Datenschutz, Datenaustausch und Überwachung auf, könnten aber bei sensibler Handhabung und mit geeigneten Verfahren und Schutzmaßnahmen die Risikoerkennung unterstützen und gefährdeten Personen und Gruppen helfen, die von Rechtsextremen ins Visier genommen werden.

– **Es sollten aktualisierte Schulungen für Interventionsanbieter, Jugendsozialarbeiter, Eltern, Lehrkräfte und Mitarbeiter anderer öffentlicher Einrichtungen angeboten werden, um deren Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Teilnahme an rechtsextremen Communities auf alternativen Plattformen ein erhöhtes Risiko für eine Radikalisierung darstellen kann.**

Nutzer in den analysierten Gruppen sind mit einer stetigen Flut von aggressiven Inhalten über Migrantenkriminalität, Verschwörungstheorien und menschenfeindlichen Narrativen konfrontiert, die eine Atmosphäre schaffen, die zur Radikalisierung beitragen kann. Deshalb müssen denjenigen, die mit gefährdeten Personen arbeiten, Schulungen und aktuelle Informationen angeboten werden, durch welche sie die verschiedenen Plattformen und Online-Communities besser verstehen lernen.

Forschung

– **Weitere plattformübergreifende Untersuchungen zu den Nutzungsweisen, Netzwerken, Zielgruppen und Subkulturen, die nicht nur innerhalb der einzelnen Plattformen, sondern auch plattformübergreifend existieren, sind erforderlich, um die notwendige Evidenzbasis für die Entwicklung wirksamer Gegenmaßnahmen zu schaffen.**

Angesichts der zunehmenden Dezentralisierung der Nutzer über verschiedene alternative Plattformen hinweg und der ständigen Weiterentwicklung des rechtsextremen Online-Ökosystems ist eine kontinuierliche plattformübergreifende Erforschung der Nutzungsweisen, Netzwerke, Zielgruppen und Subkulturen dieser Plattformen unbedingt erforderlich. Beispielsweise würde eine Analyse der Shortlinks, die auf den größeren Knotenpunkten innerhalb des rechtsextremen Ökosystems (etwa auf Telegram, VK und 4chan's /pol/ Board) geteilt werden, helfen, besser zu verstehen, wohin die Nutzer von dort gelenkt werden. Nur mit einer umfassenderen Kenntnis dieser digitalen Räume und der dort vertretenen rechtsextremen Communities können politische Entscheidungsträger proportionale und effektive Gegenmaßnahmen entwickeln.

References

1. Davey, Jacob, and Julia Ebner (2019). 'The Great Replacement': The Violent Consequences of Mainstreamed Extremism.' ISD Report. London: Institute for Strategic Dialogue. <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2019/07/The-Great-Replacement-The-Violent-Consequences-of-Mainstreamed-Extremism-by-ISD.pdf>.; Kreissel, Philip, Julia Ebner, Alexander Urban and Jakob Guhl (2018) 'Hass auf Knopfdruck'.
2. Applebaum, Anne, Pomerantsev, Peter, Smith, Melanie, Colliver, Chloe (2017), *Making Germany Great Again*, Institute for Strategic Dialogue, London. Institute for Strategic Dialogue (2019), *Battle for Bavaria*, London. Institute for Strategic Dialogue (2019), *2019 EU Elections: Information Operations Analysis: Interim Briefing Paper*, London.
3. Method 52 ist seit 2012 von unseren Partnern am Centre for the Analysis of Social Media (CASM-LLP) entwickelt worden. Die Software ermöglicht es Sozialwissenschaftlern in Kooperation mit Softwareentwicklern Algorithmen zu trainieren, welche online erhobene Daten mithilfe von Natural Language Processing und Machine Learning in großen Mengen klassifizieren können. ISD und CASM arbeiten gemeinsam an der Anwendung und Erweiterung von Method 52, um Extremismus und Hassrede im Netz besser erfassen und analysieren zu können.
4. Applebaum, Anne, Pomerantsev, Peter, Smith, Melanie, Colliver, Chloe (2017), *Making Germany Great Again*, Institute for Strategic Dialogue, London. Institute for Strategic Dialogue (2019), *Battle for Bavaria*, London. Institute for Strategic Dialogue (2019), *2019 EU Elections: Information Operations Analysis: Interim Briefing Paper*, London.
5. JM Berger, *Extremism*, The MIT Press, 2018.
6. Department for Digital, Culture, Media & Sport (2019) 'Online Harms White Paper'.
7. Institute for Strategic Dialogue. 'Extracts from ISD's submitted response to the UK government Online Harms White Paper.' <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2019/12/Online-Harms-White-Paper-ISD-Consultation-Response.pdf>

